



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck|media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–6

Aktuell

Fachkräfteinitiative: Bund, Kantone und
Sozialpartner koordinieren und verstärken
ihre Anstrengungen..... 7–8

Themen

Forschungsrahmenprogramme
der Europäischen Union..... 9

Hände weg von einer Reform der
Erbschaftssteuer..... 10

Der steile Aufstieg der Public Relations..... 11

Erlass von Massnahmen bei verkehrs-
intensiven Einrichtungen: Nicht glauben,
sondern wissen! 12–13

Index 14

Kommentar

Wie ich fast zum Heiligen Augustin wurde. 15

Bürokratie



Arno Mächler
PERSONAL BUTTIKON

Gemäss Wikipedia versteht man unter Bürokratie (übersetzt etwa: Herrschaft der Verwaltung):

«Eine bürokratisch überzogene Handlungsorientierung, welche die Vorschrift über den Menschen stellt und ihn weitgehend als Objekt behandelt.»

Eine sich immer komplexer abzeichnende Wirklichkeit glaubt man durch immer mehr Vorschriften und Gesetze in den Griff zu kriegen, was vermutlich ein aussichtsloses Unterfangen ist, das zu immer mehr Bürokratie führt. Die Auswirkungen sind bekannt. Der Wirtschaft entstehen vermehrt unnötige Kosten und sie droht mehr und mehr zu erstarren.

Gibt es Alternativen?

Wir müssen die administrativen Prozesse vereinfachen. Statt juristischer Wortklaubereien, welche der Durchschnittsbürger und -unternehmer kaum mehr nachvollziehen kann, braucht es wieder vermehrt den gesunden Menschenverstand; auch im Bewusstsein, durch weniger Reglementierungen nicht mehr alle, meist selten eintretende Problemfälle abdecken zu können.

Stellen Sie sich vor, ein an und für sich interessantes Spiel könnten Sie erst spielen, nachdem Sie Stunden verbracht hätten, die ausführlichen Spielregeln zu studieren. Hätten Sie dann noch Interesse daran?

Der Mensch soll wieder vermehrt ins Zentrum gerückt werden. Was er nicht mit zumutbarem Aufwand an Gesetzen und Vorschriften in seinem Wirkungsfeld kennen kann, kann ihm billigerweise nicht zugemutet werden, einhalten zu müssen. Es kann auch nicht sein, dass für jedes neue Ereignis ein Experte oder Spezialist beigezogen werden muss.

Um die Wirtschaft nicht weiter zu schwächen und damit den Wohlstand der Bürger zu gefährden, sind neue Wege zu suchen. Die jetzige Marschrichtung mit immer mehr Gesetzen, Reglementierungen und Bürokratie scheint nicht zum Ziel zu führen. Sie schränkt die unternehmerische Freiheit und die Innovationsfreudigkeit immer mehr ein.

Arno Mächler

Sparkasse Schwyz kauft SK Engelberg

Die Sparkasse Engelberg AG wird rechtlich vollständig in die Sparkasse Schwyz AG integriert. Den 370 Engelberger Aktionären wird im nächsten Herbst ein Übernahmeangebot unterbreitet. Das teilte die Sparkasse Schwyz-Leitung an der Aktionärsversammlung vom 17. Mai mit. Sie wird noch dieses Jahr ihre strategische Erweiterung abschliessen und die Sparkasse Engelberg AG vollständig übernehmen. Die sks besitzt bereits heute 57 Prozent der Aktien in Engelberg. Den restlichen Aktionären machen die Schwyzer ein Angebot, mit dieser Fusion ins Aktionariat der Sparkasse Schwyz einzusteigen. Momentan wird der Übernahmepreis ermittelt. Für die Aktionäre in Schwyz wird sich gar nichts ändern, ebenso nicht für die Kunden beider Banken oder das Personal. Auch wird in Schwyz keine Kapitalerhöhung erforderlich sein. Von der Fusion erhofft man sich operativ erhebliche Synergien.

Charme-Offensive der Berner wegen NFA-Ausgleich

Der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel und sein Zuger Amtskollege sind am 25. Mai quer durch den Kanton Bern gereist. Sie wollten wissen, wohin die Milliarde aus dem Finanzausgleich (NFA) geht, ob das viele Geld im Kanton Bern wirklich zielgerichtet eingesetzt wird oder zur Zementierung bestehender Strukturen beitrage. Deshalb lud die Berner Finanzdirektorin Beatrice Simon Kaspar Michel und seinen Zuger Amtskollegen Peter Hegglin zu einer «Tour de Berne» ein, die vom Oberland via Emmental ins Seeland führte. Dass beim Staatshaushalt abgespeckt werden müsse, stehe aber ausser Frage, machte sie deutlich. 400 Millionen Franken schwer sei das strukturelle Defizit. Michel und Hegglin zeigten Verständnis für die Berner Position und betonten, dass sie den Finanzausgleich nicht grundsätzlich infrage stellten. Ihre Kritik zielt vielmehr auf die Mechanismen des Finanzausgleichs. Es dürfe nicht sein, dass der NFA «die Starken schwächt anstatt die Schwachen stärkt», betonte Michel. Auch sein Amtskollege Hegglin beharrte darauf, dass die NFA-Gelder zu Verbesserungen in den insgesamt 17 Empfängerkantonen führen müssten und nicht einfach im Nirgendwo versickern dürften.

Es drohen nochmals höhere NFA-Zahlungen

Unter dem Druck der EU ist der Bund daran, die Unternehmenssteuern umzukrempeln. Das heisst

konkret, dass die Kantone die privilegiert tiefe Besteuerung von Gewinnen aus dem Ausland aufgeben müssen. Davon betroffen sind vor allem Kantone mit vielen Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften, also auch Schwyz. Der Wegfall der Steuerprivilegien wird den bisherigen Finanzausgleich NFA beeinflussen. Daraus droht gerade dem Kanton Schwyz weiteres Ungemach. Der Grund: Einer der Berechnungsfaktoren für den NFA stellt auf die Einnahmen aus steuerprivilegierten Firmen ab. Dieser Effekt wird als Beta-Faktor bezeichnet. Das neue Szenario des Bundes zeigt, dass zehn Kantone weniger in den NFA einzahlen würden, darunter die grossen Zahler Zürich, Genf und Basel-Stadt – was die kleineren Zahler nochmals stärker belastet, also auch Schwyz. Die Studie schätzt, dass Schwyz knapp ein Prozent des jährlichen kantonalen Steuerertrags mehr in den NFA einzahlen müsste. Dies entspricht einer zusätzlichen jährlichen Mehrbelastung zwischen 4 und 5 Mio. Franken. Dieses Jahr hat Schwyz einen Beitrag von 132 Mio. Franken in den NFA zu leisten. Schon jetzt geht die NFA-Planung davon aus, dass dieser Betrag auf 160 Mio. Franken steigen könnte. Die neuesten Meldungen würden diese Summe nochmals erhöhen.

Bei Stehlin + Hostag droht massiver Stellenabbau

Die Druckfarben-Herstellerin Stehlin + Hostag in Altendorf ist eine Industrieperle in der Untermarch. Jetzt spürt das Unternehmen allerdings die Krise im grafischen Gewerbe und in Europa. Es ist zu 80 Prozent vom Export abhängig. Dieses Geschäft sei zusammengebrochen, sagte Harald Weberbauer von der Geschäftsleitung dem «March Anzeiger» am 15. Mai. Deshalb wird künftig von Altendorf aus das UV-Druckfarbengeschäft betreut sowie der Bereich Offsetfarben für den Inlandmarkt. Im Bereich UV-Druckfarben will sich die Stehlin + Hostag in der Entwicklung und Forschung stärken. Das Massengeschäft für Europa jedoch wird künftig von Deutschland aus bedient. Damit verbunden sein könnte ein Abbau von 60 Arbeitsplätzen. Noch läuft ein Konsultationsverfahren: Die Mitarbeitenden haben bis Ende Mai Zeit, Vorschläge zu unterbreiten, wie der drohende Stellenabbau verhindert oder verringert werden könnte.

Schwyzler Wirtschaftswachstum nimmt leicht zu

2013 erwartet das Konjunkturforschungsinstitut BAKBASEL eine Zunahme des kantonalen Bruttoinlandsprodukts um 1.8 Prozent (CH: 1.4 Prozent). Für 2014 prognostiziert BAKBASEL ein im landesweiten

Vergleich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2.3 Prozent (CH: 1.9 Prozent). Dies geht aus der Wirtschaftsprognose hervor, welche die Schwyzer Kantonalbank (SZKB) in Zusammenarbeit mit BAKBASEL herausgibt. Im vergangenen Jahr wurde die Schwyzer Wirtschaft wie auch die Schweiz insgesamt in Folge der weltwirtschaftlichen Turbulenzen von einer deutlichen Abschwächung der Dynamik getroffen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts reduzierte sich auf 1.3 Prozent (CH: 1.0 Prozent). Der auf die zweite Jahreshälfte erwartete Beginn der Erholung im Euroraum dürfte der Schwyzer Wirtschaft 2013 zu einer Beschleunigung der Gangart verhelfen. Im vergangenen Jahr erreichte die Anzahl Arbeitsloser gemessen an der Erwerbsbevölkerung mit einem Wert von 1.3 Prozent den Tiefstand von 2008. Da der Arbeitsmarkt tendenziell mit einer Verzögerung auf die Wertschöpfungsentwicklung reagiert, wird sich die abflauende Dynamik des vergangenen Jahres voraussichtlich 2013 in den Arbeitsmarktzahlen bemerkbar machen. So hat sich die um Saisoneffekte bereinigte Arbeitslosenquote auf 1.4 Prozent (CH: 3.1 Prozent) erhöht. Die ausführliche Wirtschaftsprognose inklusive den Branchendetails steht unter www.szkb.ch/publikationen zum Downloaden bereit.

Schwache Schwyzer Wirtschaftsleistung

Der Kanton Schwyz gehört in Sachen Wirtschaftsleistung zu den schwächsten fünf Kantonen der Schweiz, obwohl er in Sachen Ressourcenkraft auf dem zweiten Platz aller Kantone liegt. Kürzlich hat das Bundesamt für Statistik (BfS) eine Tabelle erstellt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich der 26 Kantone präsentiert. Das Bruttoinlandsprodukt gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres im Kanton Schwyz, durch die Volkswirtschaft hergestellt werden und dem Endverbrauch dienen. In dieser BfS-Tabelle muss man weit hinunterblättern, bis endlich Schwyz erscheint. Der Kanton liegt auf dem 22. Platz. Nur noch Freiburg, beide Appenzell und Uri stehen schlechter da. Im Vergleich dazu: Basel ist 2,7 Mal stärker, Zug 100 Prozent besser, sogar Ob- und Nidwalden liegen, gemessen an der Einwohnerzahl, vor Schwyz. Der Kanton Schwyz erreicht nur 75 Prozent der durchschnittlichen schweizerischen BIP-Leistung. Schwyz hat zwar grosse Einkommen und Vermögen von natürlichen Personen angezogen und angesiedelt, aber viel zu wenige Firmen und Arbeitsplätze mit Wertschöpfung geschaffen. Im Kanton

Schwyz wohnen bei rund 85 000 Erwerbstätigen rund 30 000 Pendler, die täglich ausserhalb des Kantons ihrer Arbeit nachgehen.

Stark anziehende Immobilienpreise

Innerhalb von 15 Jahren sind im Kanton Schwyz die Preise für Einfamilienhäuser um 80 und jene für Eigentumswohnungen um 84 Prozent gestiegen. Dies geht aus dem ersten Eigenheim-Index der Sparkasse Schwyz hervor. Dieser ist vom Informations- und Ausbildungszentrum für Immobilien AG (IAZI) erarbeitet worden. Der Preisanstieg liegt rund 20 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Landesindex. Die allgemeine Teuerung betrug während dieser Zeit bloss 10,8 Prozent. Während sich der Preisanstieg gesamtschweizerisch in den letzten sechs Monaten etwas verflachte, hielt im Kanton Schwyz der überdurchschnittliche Anstieg an. Nur in einzelnen Hotspots wie Genf oder die Goldküste am Zürichsee haben sie sich preislich noch stärker entwickelt. Grundlage für den Eigenheim-Index bieten Angaben von Banken, Versicherungen und Pensionskassen zu effektiven Handänderungen. Der Kanton Schwyz wurde dabei in drei Regionen aufgeteilt: eine Region March-Höfe, eine Region Schwyz, Einsiedeln, Gersau und eine Region Küssnacht mit angrenzenden Gebieten. Im Index kann für ausgewählte Gemeinden eine Preisschätzung für ein typisches Eigenheimobjekt abgefragt werden. Die Preise sind für Musterwohnungen und Musterhäuser angegeben. Der Index kann als pdf-Datei abgerufen werden auf www.sksnet.ch (sks News)

Immobilienblase im Kanton

Gemäss dem Immobilienblasen-Index der UBS droht nach Zürich, Zug, Genf und dem Baselbiet neu auch Luzern und der Innerschweiz eine Immobilienblase. Laut dem Index für das erste Quartal 2013 gehören Luzern und Innerschwyz zu den Regionen mit dem stärksten Preiswachstum aller Wirtschaftsregionen seit 2009. Gesamtschweizerisch ist der Index aber weniger stark angestiegen als in den Vorquartalen. Hauptgrund für das starke Preiswachstum in

Luzern und Innerschwyz ist offenbar die wirtschaftliche Zugkraft der Nachbarkantone Zürich und Zug. «Die Arbeitnehmer suchen günstige Wohnungen und weichen zunehmend auf Luzern und Innerschwyz aus», erklärte ein UBS-Ökonom im «Blick».

Handänderungen für 2,4 Mrd. Franken

2011 gilt als Rekordjahr für den Handel mit Grundstücken. Damals wurden auf den Schwyzer Notariaten und Grundbuchämtern 4052 Handänderungen vollzogen. Die Summe der Handänderungsbeiträge kletterte auf 3,1 Mrd. Franken. Im letzten Jahr ist diese Summe auf rund 2,4 Mrd. Franken gesunken und steht damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2010. Bereits 2011 war der Kreis March mit 1253 Handänderungen der absolute Spitzenreiter. Letztes Jahr waren es 1010.

Modernes Glasfaserkabelnetz für den Kanton

Schwyz ist ein weiterer Kanton mit einem modernisierten Glasfaserkabelnetz von Upc Cablecom. Die Firma hat in das Glasfasernetz im Kanton über zehn Mio. Franken investiert und es auf über 210 Kilometer ausgebaut. Nebst den Firmen können auch 15 500 private Haushalte vom schnellsten Internet der Schweiz profitieren. Dass schnelle Internetverbindungen insbesondere für den Wirtschaftsstandort Schwyz von grosser Bedeutung sind, betonten Redner aus Wirtschaft und Politik. An der Einweihungsfeier des Netzes am 23. Mai in Einsiedeln sprach Regierungsrat Kurt Zibung von «Nervenbahnen für die Gesellschaft». Aber auch ganz grundsätzlich sei es für eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar, vernetzt, schnell und flexibel reagieren zu können. Die Bedürfnisse werden weiter steigen. An der Einweihung wurden deshalb kontinuierliche Investitionen in Aussicht gestellt, damit das Netz auch künftig leistungsfähig bleibt. Die Netzmodernisierung im Kanton Schwyz dauerte zwei Jahre. Landesweit hat Upc Cablecom in den letzten sechs Jahren rund 1,5 Mrd. Franken in den gesamten Ausbau investiert.

Linthwerk: Vorzeigeprojekt im Hochwasserschutz

Nach 15 Jahren Diskurs und Bau konnte Ende April das Linthwerk eingeweiht werden. Es wurde im Beisein von Bundesrätin Doris Leuthard offiziell seiner Bestimmung übergeben. Das 126 Mio. Franken teure Projekt kann die Linthebene nun wieder für die nächsten Jahrzehnte vor Hochwasser schützen. Viele verschiedene Partner mussten zusammenarbeiten – und sie haben es konstruktiv getan: direkt Betroffene wie Landwirte und andere Grundbesitzer, die Gemeinden, die Verbände, die vier beteiligten Kantone sowie auch der Bund. An den Kosten des neuen Linthwerks beteiligte sich der Bund mit rund 55 Mio. Franken. Die Kantone St. Gallen, Glarus, Schwyz und Zürich steuerten 68

Millionen Franken bei. Das Linthwerk gilt als Vorzeigeprojekt eines modernen Hochwasserschutzes. Seit dem Spatenstich in Mollis im Herbst 2008 wurden die Dämme von Linth- und am Escherkanal verstärkt und Vorkehrungen gegen Dammbüche getroffen. Am Linthkanal kann das Wasser über ein Wehr dosiert in den Hintergraben und von dort in den Obersee geführt werden. Die Abflusskapazität des Hintergrabens wurde erhöht. Die Linthebene ist damit für ein Hochwasser gewappnet, wie es statistisch nur alle 300 Jahre zu erwarten ist. Auch die Natur profitiert vom neuen Linthwerk. So wurden Waldreservate ausgeschieden, Naturschutzgebiete vergrössert und vernetzt und ein Wilddurchlass geöffnet.

Alle Schwyzer Gemeinden finanziell gesund

Alle Schwyzer Gemeinden sind in Sachen Steuereffizienz und finanzieller Ausrüstung sehr gut positioniert. Diese Bilanz zieht Heinz Rauchenstein, der für die Gemeinden zuständige Revisor im Schwyzer Finanzdepartement. Rauchenstein kommt zu diesem Schluss, nachdem alle Jahresabschlüsse vorliegen und genehmigt sind. Allerdings weichen die Budgetzahlen um 50 Mio. Franken von den effektiven ab. Nur gerade drei Gemeinden haben fürs 2012 mit einem Gewinn gerechnet, schliesslich wurden es zwölf. Statt ein zusammengerechnetes Defizit von 61 Mio. Franken resultierte ein solches von 11 Mio. Franken. Rauchenstein nennt als Grund dafür, dass die Gemeinden die Tendenz haben, bei den Ausgaben «schwarz» zu sehen, während die Einnahmen eher vorsichtig veranschlagt werden. Insgesamt weisen die 27 Gemeinden und sechs Bezirke ein Eigenkapital von 356 Mio. Franken auf. Zwei Drittel davon gehen auf das Konto der drei Höfner Gemeinden sowie den Bezirk Höfe.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Fachkräfteinitiative: Bund, Kantone und Sozialpartner koordinieren und verstärken ihre Anstrengungen

Bund, Kantone und Sozialpartner wollen ihre Anstrengungen gegen den Fachkräftemangel koordinieren und wo nötig zusätzliche Massnahmen ergreifen. Diese Stossrichtung haben Vertreterinnen und Vertreter an einem Runden Tisch am 21. Mai 2013 unterstützt.

Der Schweizer Wirtschaft mangelt es an Fachkräften. Deshalb hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) 2011 eine Fachkräfteinitiative (FKI) lanciert. Das Ziel: In Hinblick auf die demographische Entwicklung in Europa soll das inländische Potenzial an Fachkräften verstärkt ausgeschöpft werden. Der hierfür erarbeitete Grundlagenbericht wurde von den Sozialpartnern begrüsst. Ausgehend von möglichen Handlungsfeldern im Grundlagenbericht haben das WBF und die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) vier Handlungsfelder identifiziert, um dem Fachkräftemangel zu begegnen:

- **Höherqualifizierung** entsprechend dem Bedarf der Arbeitswelt
- Förderung von **Innovationen** zur Entschärfung der Fachkräfteknappheit aufgrund höherer Produktivität
- Schaffung guter Bedingungen zur Erwerbstätigkeit für **ältere Arbeitnehmende**

- Verbesserung der **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Anfang 2013 haben WBF und VDK eine Bestandesaufnahme bestehender Massnahmen auf Bundes- und Kantonsebene durchgeführt sowie den Ist-Zustand in den vier Handlungsfeldern bewertet. Das Ergebnis zeigt, dass Bund und Kantone bereits eine breite Palette von Massnahmen initiiert haben, um den Fachkräftemangel zu entschärfen. Jedoch wird auch deutlich, dass weitere Anstrengungen notwendig sind, um bestehende Politiken zu stärken sowie die im Bericht aufgezeigten zusätzlichen Massnahmen in einzelnen Handlungsfeldern zu ergreifen.

Die Diskussion am 21. Mai hat gezeigt, dass die Teilnehmenden des Runden Tisches die Fachkräftesituation gleich beurteilen und die vier Handlungsfelder als die richtigen erachten. Sie unterstützen den Austausch über laufende und geplante Massnahmen. Die Akteure haben dabei unterschiedliche Rollen: Der Staat (Bund und Kantone) schafft gute Rahmenbedingungen für die Förderung von Fachkräften und übernimmt in seiner Rolle als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Die Sozialpartner als Vertreter der Arbeitswelt engagieren sich, bei ihren Mitgliedern die Bereitschaft zu stärken, inländische Fachkräfte zu fördern und mittels flexibler Modelle deren Erwerbstätigkeit zu stärken.

Am Runden Tisch haben sich Bund, Kantone und Sozialpartner über das gemeinsame weitere Vorgehen geeinigt: Jeder Akteur bezeichnet in seinem jeweiligen Kompetenzbereich Massnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Diese sind aufeinander abgestimmt oder ergänzen sich, so dass sie in den vier Handlungsfeldern eine kohärente Strategie zur Minderung des Fachkräftemangels bilden.

Der Bund geht in seiner Rolle als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran. Im Vordergrund steht ein Generationenmanagement, das die Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden über das ordentliche Pensionsalter ermöglichen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern soll. Zudem wird der Bund die Entscheidungsgrundlagen und die Rahmenbedingungen zur Ausschöpfung des inländischen Fachkräftepotenzials verbessern. Er stellt ein Indikatorensystem zur Identifikation des Fachkräftemangels zur Verfügung, das der besseren Orientierung der Akteure dienen wird. Ebenso wird er die Fortschritte bei den bereits existierenden oder neu lancierten Massnahmen durch einen Monitoringprozess überwachen.

Die Kantone engagieren sich weiterhin im Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich für das Thema. Im Arbeitsmarkt wird eine Steigerung der Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmenden angestrebt. Die Kantone setzen sich dafür ein, dass diese Verbundaufgabe optimiert und qualitativ verbessert wird. Im Rahmen ihrer Unternehmenskontakte soll das duale Bildungssystem als wichtiger Standortfaktor gefördert werden. Gerade auch global tätige Unternehmen sollen motiviert werden, mit Lehrstellen ihren Beitrag zu einem nachhaltigen Arbeitsmarkt zu leisten. Im Bildungsbereich haben sich der Bund und die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) bereits 2011 auf Ziele geeinigt wie die Förderung der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), die höhere Berufsbildung und die Validierung von Bildungsleistungen. Die in die Fachkräfteinitiative aufgenommenen Massnahmen bilden die Fortsetzung dieser Arbeiten. Mit der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) verpflichteten sich die Kantone für ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesstrukturen. Bei der Schaffung von familienfreundlichen und altersgerechten Rahmenbedingungen nehmen sie als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion ein. Dies alles soll als Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt betrachtet und umgesetzt werden.

Die anwesenden Spitzenverbände unterstützen und animieren ihre Mitglieder, konkrete Massnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu ergreifen und im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen zu beschliessen. Die Sozialpartner befürworten eine weitere Stärkung der Höheren Berufsbildung. Sie setzen sich dafür ein, dass die höhere Berufsbildung im Bereich der qualifizierten Dienstleistungen und bei ausländischen Unternehmungen und Führungsverantwortlichen besser verankert und die Finanzierungslücke insbesondere im Bereich der Vorbereitungskurse geschlossen wird. Im Verbund von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen Weiterbildungsanstrengungen (Nachholbildung, Zweitausbildung, Umschulung) intensiviert werden. Bereits anfangs Jahr hat der Schweizerische Gewerbeverband ein Pilotprojekt lanciert, um Frauen in KMU-Geschäftsleitungen mittels Nachweis eines Bildungs-Portfolios einen qualifizierten Berufsabschluss «Unternehmungsführung KMU» zu ermöglichen. Der Arbeitgeberverband plant Massnahmen weiterzuentwickeln, damit das Arbeitspotenzial qualifizierter Frauen besser genutzt und die Verweildauer älterer Arbeitnehmenden im Erwerbsleben verlängert werden kann.

Die Problematik des Fachkräftemangels kann aber nicht allein mit Hilfe der oben erwähnten Massnahmen gelöst werden. Die Zuwanderung ist für die Wirtschaft weiterhin wichtig, um auf diese Weise den Fachkräftebedarf in den Bereichen zu decken, wo das inländische Potential nicht ausreicht.

(SECO)

Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Union

Die Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung (FRP) sind die Hauptinstrumente der Europäischen Union zur Umsetzung ihrer gemeinschaftlichen Wissenschafts- und Technologiepolitik. Die aktuelle siebte Generation läuft von 2007 bis 2013. Das Nachfolgeprogramm «Horizon 2020 – das Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation» wird am 1. Januar 2014 starten und bis 2020 dauern.

Diese Politik ist in den Verträgen von Maastricht und von Amsterdam angelegt und hat zum Ziel, die Forschung in den Ländern Europas überall dort transnational zu bündeln, wo es sinnvoll ist, sei es wegen der Kosten und der Dimension der Forschungsarbeiten oder weil es sich um die Lösung von Problemen handelt, die für ganz Europa von zentraler Bedeutung sind.

Die Teilnahme an den Forschungsrahmenprogrammen der EU, die von Brüssel aus verwaltet werden, gehört zu den wichtigsten Prioritäten der schweizerischen Wissenschaftspolitik. Schweizer Forschende aus den Hochschulen und der Privatwirtschaft beteiligen sich seit 1987 an den Rahmenprogrammen. Seither hat sich das Feld der Teilnehmer laufend erweitert: während des 3. FRP (1990–1994) wurden 500 Schweizer Projektteilnehmer mit insgesamt 127 Mio. CHF unterstützt, im 6. FRP (2003–2006) dagegen waren es bereits 1900 Teilnehmer und eine Fördersumme in der Höhe von 793 Mio. CHF.

Forschungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU

In Bezug auf die Teilnahmebedingungen der Schweiz an den FRP ist der 1. Januar 2004 ein wichtiges Datum. Bis dahin nahm die Schweizer Forschung mit beschränkten Rechten und direkt vom Bund finanziert an den Projekten der FRP teil. Nun ermöglichte ein entsprechendes bilaterales Abkommen mit der EU, dass die Schweiz als assoziiertes Land mit allen Rechten und Pflichten am 6. FRP teilnehmen konnte.

Ein vergleichbares bilaterales Abkommen bezüglich der integralen Teilnahme der Schweiz auch am 7. FRP (2007–2013) wurde am 25. Juni 2007 unterzeichnet und rückwirkend auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Damit können sich die Schweizer Forschenden, wie bereits am 6. FRP, mit denselben Rechten wie ihre Partner aus EU-Mitgliedstaaten auch an den Projekten des 7. FRP beteiligen und entsprechende Fördermittel in Brüssel beantragen.

Die Schweiz behält zudem das Recht, in den Leitungskomitees der spezifischen Programme sowie in diversen Steuerungsausschüssen vertreten zu sein, was einen privilegierten Zugang zu Informationen gewährt und ihr die Möglichkeit eröffnet, an der Durchführung der aktuellen sowie der Ausgestaltung zukünftiger EU-Rahmenprogramme mitzuwirken.

Der Schweizer Beitrag an das Gesamtbudget der 7. FRP in der Höhe von 54,6 Mia. Euro berechnet sich aufgrund des Bruttoinlandprodukts (BIP) und beläuft sich auf insgesamt rund 2,4 Mia. Franken verteilt auf sieben Jahre. Der entsprechende Kredit wurde von den eidgenössischen Räten am 14. Dezember 2006 genehmigt.

Was das 8. FRP «Horizon 2020» betrifft, so hat der Bundesrat mit der «EU-Botschaft Forschung» und dem entsprechenden Bundesbeschluss die finanziellen Mittel beantragt (siehe Kontextinformationen). Diese sollen eine Fortführung der erfolgreichen Teilnahme der Schweiz als assoziierter Staat von 2014 bis 2020 erlauben. Bewilligt das Parlament diese Mittel, kann der Bundesrat das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU erneuern. Dadurch wird eine ununterbrochene Assoziierung der Schweiz sichergestellt.

Das SBFI vertritt die Schweiz

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI nimmt die Vertretung der Schweiz in den europäischen Programmkomitees wahr, in welchen die Arbeitsprogramme und Ausschreibungen diskutiert und die Evaluationsverfahren der FRP überwacht werden. Als assoziiertes Land hat die Schweiz in diesen Gremien Beobachterstatus. Sie wird von den Programmdelegierten des SBFI und weiteren Bundesexperten vertreten, welche sich von einer nationalen Begleitgruppe unterstützen lassen.

(SBFI)

Hände weg von einer Reform der Erbschaftssteuer

Die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) hat sich mit aller Deutlichkeit gegen die Erbschaftssteuer-Initiative ausgesprochen. Sie schwächt Familienunternehmen, greift in die Kompetenz der Kantone ein und bietet keine Lösung für die strukturellen Probleme der AHV.

Die FDK empfiehlt die Volksinitiative mit dem verlockenden Titel «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» deutlich zur Ablehnung. Das klare Votum der FDK spricht dafür, dass die Vorlage ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung gebracht werden muss. Auch die Wirtschaft lehnt die Initiative vehement ab. Die heutige Regelung, nach der die Kantone die Erbschafts- und Schenkungssteuer selbstständig festlegen dürfen, hat sich bewährt. Neben dem Eingriff in die Steuerkompetenz der Kantone schwächt die Initiative Familienunternehmen, führt zu Mehrfachbesteuerung desselben Substrats und gaukelt eine Sanierungsmöglichkeit für die AHV vor.

Schädliche Mehrfachbesteuerung

Vermögen werden in der Schweiz bereits heute im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark besteuert. Mit einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer würde derselbe Franken gar dreimal besteuert.

Erbschaftsinitiative schwächt Familienunternehmen

Die Erbschaftssteuerreform würde die Weiterführung vererbter Unternehmen erschweren. Die Initiative bereitet insbesondere Familienunternehmen bei der Nachfolgeplanung Sorgen. Die Unsicherheit über die allfälligen Steuererleichterungen tut ihr Übriges dazu. Gerade in einem angespannten wirtschaftlichen Umfeld mit grossen Unsicherheiten wäre eine weitere steuerliche Belastung für zahlreiche Unternehmer, die ihr Kapital im Unternehmen gebunden haben, schädlich. Bei Unternehmensnachfolgen müssten darum je nach Situation Kredite aufgenommen, Eigenkapital abgebaut oder verschiedene Einsparungen, unter Umständen inklusive Abbau von Arbeitsplätzen, vorgenommen werden.

Falsche Versprechen für die AHV: Probleme bleiben

Die Volksinitiative brächte der AHV jährliche Mehreinnahmen von rund zwei Milliarden Franken. Gemäss den aktuellen Finanzperspektiven der AHV bis 2030 würde das die absehbaren Defizite unabhängig vom gewählten Szenario nur um wenige Jahre hinauszögern. Die strukturellen Probleme (steigende Lebenserwartung, weniger Beitragszahlende pro Rentner) werden dadurch nicht gelöst. Ein Beitrag von zwei Milliarden Franken kann die drohende Finanzierungslücke deshalb nicht einmal annähernd schliessen. Zusätzliche Einnahmen

verzögern bloss den Sanierungsprozess. Das Zeitfenster für sinnvolle Reformen verstreicht ungenutzt, die Finanzierung der AHV wäre weiter gefährdet.

Inakzeptabler Eingriff in die Steuersouveränität der Kantone und problematische Rückwirkung

Die Wirtschaft lehnt die Initiative ab, weil sie einen Eingriff in die Steuerautonomie der Kantone bringt. Viele Kantone haben in den letzten Jahren die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft – die Initiative würde sie wieder für alle einführen. Nachfolgeregelungen und die Weiterführung vererbter Unternehmen würden damit erschwert. Die in den Übergangsbestimmungen vorgesehene Rückwirkung der Steuer auf Schenkungen ab dem 1. Januar 2012 ist rechtlich höchst problematisch und schafft für die Unternehmen und Privatpersonen schon heute eine zusätzliche Unsicherheit.

(economiesuisse)

Der steile Aufstieg der Public Relations

Vom Friseur um die Ecke bis zu den grössten KMU übergeben immer mehr Unternehmen ihre Aussen-darstellung an Kommunikationsexperten. Die Entwicklung dieser Branche zeugt vom Bemühen der Firmen, unter allen Umständen ihren guten Ruf zu wahren.

Sogar die Kirche und die Armee sind dabei. Und wenn selbst Institutionen, die so wenig geneigt scheinen, sich von PR-Beratern vertreten zu lassen, in den letzten Jahren Gremien von Kommunikations-experten eingerichtet haben, ist das ein deutliches Zeichen, dass diese Kommunikationsberufe immer mehr Bedeutung erlangen. Jede Stadt hat ihre eigene PR-Abteilung, genau wie die Behörden, die mehr denn je nach diesen Fachleuten gieren. Der Grund für diesen Boom? Die wachsende Bedeutung von Begriffen wie Ruf und Image. Im Zentrum dieser Strategie steht die Kontrolle über die Informationen.

Die Unternehmen haben die Bedeutung der Medien erkannt, «auf die man nicht einfach nur reagieren darf, sondern denen man proaktiv begegnen muss», wie Sébastien Salerno, Dozent für Kommunikationssoziologie an der Universität Genf in der Zeitschrift L'Hebdo analysiert.

In der Schweiz hat sich die Zahl der Stellen in der PR-Branche im letzten Jahrzehnt verdoppelt, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt. «Als ich vor etwa 15 Jahren anfang, fühlte ich mich in dieser Branche allein auf weiter Flur, was

heute absolut nicht mehr der Fall ist», berichtet Anne-Marie Philippe, Gründerin einer PR-Agentur mit fünf Angestellten. Die Expertin sieht, wie sich im Erfolg ihrer Branche unser Zeitgeist widerspiegelt: «Wir leben in einer Zeit, in der Beziehungen immer stärker den Ton angeben. Die Firmen spüren dieses Kontaktbedürfnis.»

Ein Anspruch, den Firmen zum Ausdruck bringen, indem sie externe Agenturen beauftragen oder auch in ihren internen Teams für Verstärkung sorgen. «Die Strukturen der Kommunikationsabteilungen werden komplexer», weiss Francesco Lurati, Professor für Unternehmenskommunikation an der Universität der italienischen Schweiz in Lugano. «Inzwischen gibt es in den anderen Abteilungen eigene Unterabteilungen für Kommunikation. Insofern ist ganz klar zu beobachten, dass die Kommunikation in alle Ebenen der Firma einsickert.»

«Früher trafen Manager ihre Entscheidungen nach den Parametern Finanzen, Personal und Markt. Heute gehört auch die Frage dazu, wie etwas in der Öffentlichkeit ankommt», analysiert der Tessiner Professor. Eine statistische Erhebung der Universität Lugano belegt, dass die Kommunikationsaufträge in 89% der Fälle direkt vom CEO erteilt werden und nicht mehr allein von der Marketing-Abteilung. Die Leitlinien in diesem als hoch sensibel eingestuften Bereich werden also von der obersten Spitze der Hierarchie beschlossen.

Die PR-Beauftragten begnügen sich nicht mehr damit, Pressemitteilungen zu schreiben und Veranstaltungen zu organisieren. Sie betreiben auch Blogs, sind in den Social Media aktiv, verschicken Newsletter oder erstellen Firmenmagazine. Sie sitzen zur Rechten der Chefs, werden zu Strategen, die über die Unternehmenskultur und die Identität sowie über mögliche Veränderungen im Falle eines angekratzten Images nachdenken.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, kann die Business-Welt auf immer besser ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen. Dass es an den Universitäten und Hochschulen immer mehr Masterstudiengänge für Kommunikation gibt, zeugt vom Interesse der Öffentlichkeit an diesen Modeberufen, aber auch vom Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften, die in der Lage sind, Kommunikation als Instrument des Managements zu verstehen. «Die Branche hat sich professionalisiert», beobachtet Daniel Herrera, Leiter für die Westschweiz am Schweizerischen Public Relations Institut (SPRI). «Wir sind meilenweit von dem entfernt, wie es vor 20 Jahren war, als die Assistentin des Chefs mit den Medien sprach. Heute absolvieren die Experten der Branche Nachdiplomstudien an Instituten wie dem unsrigen oder an der Universität.»

Dank der digitalen Tools steht Kommunikation allen Firmen offen, unabhängig vom Budget. Neue Restaurants, Friseursalons und andere kleine Geschäfte wetteifern darum, einen Artikel zu ergattern. So wird eine Masseurin einen wortgewandten Freund bitten, einen Text als Werbung für ein neues Angebot zu schreiben. «Diese Geräuschkulisse verdirbt unseren Ruf», meint Francesco Lurati. «Anders als ein Hirnchirurg, der nicht bluffen kann, kann theoretisch jeder als Kommunikationsbeauftragter einspringen. Aber einfach massenweise Pressemitteilungen rauszuhauen, ist auf jeden Fall kontraproduktiv.»

Die PR-Agenturen versichern, dass sie sparsamer und zielgerichteter kommunizieren. «Wir versuchen, unseren Kunden verständlich zu machen, dass es nutzlos ist, eine Mitteilung rauszugeben, die sich nicht lohnt. Sonst beraubt man die PR jeglichen Sinns, es kommt zu einer Abnutzung und man macht sich bei den Medien unbeliebt», erklärt Anne-Marie Philippe.

(KMU Portal)

Erlass von Massnahmen bei verkehrsintensiven Einrichtungen: Nicht glauben, sondern wissen!

Traditionelle verkehrslenkende Massnahmen beim Einkaufsverkehr führen meistens nicht zu den erhofften Verhaltensänderungen, weil sie das tatsächliche menschliche Verhalten ausblenden. Da die Luftschadstoffemissionen abnehmen, genügt zudem die Umweltgesetzgebung nicht mehr generell als Grundlage für den Erlass solcher Massnahmen.

Überprüfung der Wirksamkeit und Verhältnismässigkeit

U.a. aufgrund zahlreicher Widersprüche zwischen Raumplanungs- und Luftreinhalterecht hat das eidgenössische Parlament im Jahr 2009 eine Motion überwiesen. Diese beauftragte den Bund zu überprüfen, ob bei verkehrsinten-

siven Einrichtungen (VE) wie Einkaufszentren oder Fachmärkten verfügte Restriktionsmassnahmen (z.B. Parkgebührenpflicht, Parkplatzreduktion, Fahrten-/Fahrleistungsmodelle) wirksam und verhältnismässig sind und damit in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen.

Seit Anfang Monat liegt nun die Antwort in Form des gemeinsamen Rundschreibens «Effektivität und Effizienz von verkehrslenkenden Massnahmen bei verkehrsintensiven Einrichtungen» von Bundesamt für Umwelt (BAFU) und Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) vor. Das Rundschreiben ergänzt die seit dem Jahr 2006 bestehende Vollzugshilfe mit dem Namen «Verkehrsintensive

Einrichtungen (VE) im kantonalen Richtplan, Empfehlungen zur Standortplanung».

Im Rundschreiben wird vorerst eine essentielle Unterscheidung getroffen. Es gibt einerseits VE mit Monopolcharakter (beispielsweise Grossereignisse, Flughäfen, Sportanlässe, Spitäler, grosse Dienstleistungsbetriebe etc.). Will ich diese bewusst aufsuchen, habe ich keine Alternative. Andererseits gibt es VE mit Ausweichmöglichkeiten (Verkaufsstellen des Detailhandels, Freizeitanlagen wie Freibäder, Kinos etc.). Bei diesen fällt die Wirkungsbewertung der Restriktionsmassnahmen schlecht aus, weil die Kunden in Form von Such- und Ausweichverkehr reagieren können und

dadurch Mehremissionen entstehen. Fazit: Bei VE mit Ausweichmöglichkeiten scheinen in Zukunft Restriktionsmassnahmen in Form von verkehrslenkenden Massnahmen hinsichtlich Verhältnismässigkeit und Kosten-Nutzen-Verhältnis als nicht mehr angemessen.

Luftreinhaltegesetzgebung genügt nicht mehr

Auch in einem anderen Bereich schafft das Rundschreiben von BAFU und ARE Klarheit: Generell genügt in Zukunft die Luftreinhaltegesetzgebung des Bundes nicht mehr als Grundlage für den Erlass von verkehrslenkenden Massnahmen. Bisher wurden u.a. Betreiber von Einkaufszentren und Fachmärkten von den Behörden zur Mitfinanzierung von Tram-, S-Bahn- oder Busanschlüssen verpflichtet, um die Besucher zum Umsteigen auf den ÖV zu bewegen, oder mit einer Parkgebührenpflicht, einer Parkplatzreduktion oder Fahrten-/Fahrleistungsmodelle belegt, um Autos von diesen VE fernzuhalten.

Das BAFU hat aber nachgewiesen, dass die Luftschadstoffemissionen des Verkehrs markant abnehmen und aufgrund des technologischen Fortschritts weiter abnehmen werden. Damit wird die generelle Bedeutung der VE als Ursache für übermässige Immissionsbelastungen verneint. Einkaufszentren und Fachmärkte sind keine übermässigen Emittenten von Luftschadstoffen. Fazit: Die Behörden können sich beim Erlass von verkehrsbeschränkenden Massnahmen nicht mehr pauschal auf die Umweltgesetzgebung des Bundes abstützen. Wollen sie in Zukunft noch Hürden für den Autoverkehr aus Umweltgründen erlassen, müssen sie bei

Neubauten und Umbauten im Einzelfall fundiert belegen, wieso sich diese am konkreten Standort aufgrund welcher tatsächlichen Umweltsituation rechtfertigen. Tun sie dies nicht, handeln sie nicht verhältnismässig.

Verhaltensökonomische Erkenntnisse

Im Rundschreiben wird auch Bezug genommen auf eine Studie¹, welche die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Verhaltensökonomie heranzieht, um die Wirksamkeit verkehrslenkender Massnahmen zu untersuchen. Die Studie zeigt, dass vielen dieser Massnahmen fundamentale Irrtümer in Bezug auf das tatsächliche menschliche Verhalten zugrunde liegen.

Der Mensch reagiert nicht immer rational. Deshalb funktionieren auch die bisher aufgrund «grüner Dogmen» erhofften rationalen Verhaltensmuster beim Verkehrsverhalten – wenn überhaupt – nur bedingt. Hierzu ein Beispiel: Eine Angebotsverknappung führt nicht zwangsläufig auch zu einem Rückgang der Nachfrage. So ist es beim Einkaufen ein Leichtes, auf andere Einkaufszentren auszuweichen. Deshalb resultieren aus einer künstlichen Verknappung des Parkplatzangebots keine oder nur marginale Effekte des Umsteigens auf den ÖV. Es ist also ein Irrtum, zu behaupten, weniger Parkplätze führen zwingend zu weniger Verkehr. Nach der Studie erliegt ebenso einem Irrtum, wer glaubt, eine Erhöhung der ÖV-Erschliessungs-Qualität bei Einkaufszentren führe zum Umsteigen vom Auto auf den ÖV. Fazit: Traditionelle verkehrslenkende Massnahmen führen nicht zu den erhofften

Verhaltensänderungen, weil sie die Berücksichtigung des tatsächlichen menschlichen Verhaltens ausblenden.

Die im Rundschreiben aufgezeigten neuen Erkenntnisse und Empfehlungen dürfen die Behörden und Instanzen, welche mit dem Erlass von verkehrslenkenden Massnahmen beauftragt sind, nicht ausblenden. Sie sollen zwingend in alle anstehenden Revisionen der kantonalen Planungs- und Baugesetze sowie Richtplanänderungen einfließen und einen Paradigmenwechsel auslösen, indem man den Mut hat und die Grösse aufbringt, infolge neuen Wissens bisher Ge glaubtes über Bord zu werfen.

(Centre Patronal)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
2013	98,4	98,5	98,5	98,6								
¹	+0,8	+0,1	-0,3	-0,1								

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
2013	99,0	99,0	99,0	99,2								

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
2013	97,3	97,6	97,5	97,5								

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
2012	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
2013	98,6	98,9	99,1	99,1								
¹	-0,3	-0,3	-0,6	-0,6								

2011 ²	2012 ²	2012			2013			
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April

Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		100	99,3	99,4	99,1	98,9	98,6	98,9	99,1	99,1
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Totalindex	100	99,3	99,4	99,1	98,9	98,6	98,9	99,1	99,1
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	98,3	97,4	97,6	96,8	97,0	97,8	97,5	98,0	97,9
	Alkoholische Getränke und Tabak	101,0	102,1	102,1	102,7	101,7	103,1	102,7	103,2	103,4
	Bekleidung und Schuhe	94,5	88,9	92,1	91,7	89,6	80,4	82,9	87,5	89
	Wohnen und Energie	101,7	102,5	102,7	102,3	102,2	102,1	102,5	102,2	102,1
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	98,8	97,0	96,8	96,5	95,8	94,9	95,4	95,9	96,4
	Gesundheitspflege	100,2	99,9	99,8	99,7	99,3	99,1	99,1	99,1	99,1
	Verkehr	100,5	98,3	98,2	97,2	97,4	97,6	98,5	98,1	97,8
	Nachrichtenübermittlung	100,1	99,4	98,4	97,9	97,9	97,9	97,8	97,6	97,5
	Freizeit und Kultur	97,2	94,5	94,7	94,9	94,4	94,1	94	94,6	94,7
	Erziehung und Unterricht	100,3	102	102,9	102,9	103,1	103,1	103,1	103,1	103,1
	Restaurants und Hotels	101,6	102,2	101,9	101,8	102	103,1	103	103,2	103,1
Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,4	100,5	100,2	100,4	100,4	100,7	101,2	100,8	100,9	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	100,4	100,4	100,4	100,2	100,4	100,5	100,6	100,7	100,7
	Auslandgüter	98,7	96	96,7	95,8	94,7	93,3	94,3	94,8	94,9
	Waren	99,1	96,8	97,1	96,4	95,7	94,9	95,4	95,9	95,8
	Dienstleistungen	100,6	101	101	101	101,1	101,3	101,4	101,4	101,5

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Wie ich fast zum Heiligen Augustin wurde

Sachseln, 1974. Ich sitze still in der Wallfahrtskirche. Vor mir das Grab von Bruder Klaus, rechts meine streng blickende Grossmutter und links die drei Schwestern, alle drei adrett gekleidet und in feierlicher Pose. Ich bin beeindruckt von der imposanten Barockkirche, den zahlreichen Marmorputten, den farbenfrohen Fresken und dem kunstvoll gestalteten Hochaltar. Der aromatisch duftende Weihrauch versetzt mich in eine zauberhafte festliche Stimmung. In diesem Moment fasste ich einen äusserst wichtigen Entschluss: Ich wollte später nicht mehr Pilot oder Lokführer werden, sondern Heiliger. Wie einst der heilige Bruder Klaus würde ich ein Leben ohne Sünde führen, ich würde täglich für andere Menschen beten und immer nur Gutes tun. Ich würde mich in einer Einsiedelei niederlassen und alle Menschen würden mich für meine Gutmütigkeit bewundern und verehren.

Szenenwechsel: Einsiedeln 2013. Zwischen zwei anstrengenden Sitzungen finde ich einen kurzen Augenblick für einen Abstecher in die Klosterkirche. Ich sitze still vor der Schwarzen Madonna und fühle mich wie damals in Sachseln. Komplett ruhig und ausgewogen. Ein unangenehmer Anruf eines Kunden, die Sorgen einer Arbeitskollegin, ein nicht erhaltener Auftrag – all dieser Alltagskram ist vergessen. Die prachtvolle Schönheit der Klosterkirche versetzt mich in eine andere Welt. Eine wunderbare Welt der Ruhe, der Besinnung. Ich fühle mich als Mönch, gesund, ausbalanciert, absolut ruhig und rein.

Wer durch das Leben hetzt wie viele von uns, träumt von Ruhe, festen Rhythmen und Ritualen. Ich selber brauche für nachhaltiges Entspannen kein Fünfstern-Wellnesshotel, kein Spa der Extraklasse, keine Fango-Packung, keine Beauty-Massage und keine Molken-Kur. Mein Rezept zum Ausbalancieren ist eine stille Wallfahrt, eine Art seelisches und geistiges Wellnesen. Ein kurzfristiges Aussteigen aus dem Alltag, ein Abstecher in eine stille Wohlfühloase. Zum Beispiel im Kloster Einsiedeln, wo Ruhe, Besinnung, Kultur und Spiritualität zuhause sind. Ein Ort, wo seit Jahrhunderten Benediktiner ihren Alltag zwischen Arbeit und Gebet gestalten. Ein Ort mit einer einzigartigen Ausstrahlung.

Einsiedeln hat gerade in einer zunehmend säkularisierten Welt enorm viel zu bieten. Für moderne Wallfahrer, für Menschen also, die ihr Leben entschleunigen wollen, ist Einsiedeln die ideale Destination. Neben einem spirituellen Ambiente findet man viel Natur und eine ruhige Umgebung. Hier ist körperliche, geistige, seelische Erholung, sprich Gesundheit, rundum möglich. Leider spielt aber der Wallfahrtsort seine Trümpfe äusserst schlecht aus. Die touristische Infrastruktur liegt am Boden, attraktive touristische Produkte sucht man vergebens und eine moderne Vermarktungsorganisation gibt es nicht. Dies sind die offensichtlichen Mängel, die jeder Mann in Einsiedeln ungefragt aufzählen kann. Es ist richtig, dass in dieser Hinsicht einiges zu tun ist.

Doch damit Einsiedeln vorwärtskommt, braucht es in erster Linie Einsiedlerinnen und Einsiedler, die überzeugt sind, dass sie am schönsten Ort der Welt wohnen. Menschen, die nicht das Haar in der Suppe suchen, sondern mit Visionen ihren Weg vorwärts gehen. Menschen, die sich für Einsiedeln einsetzen wollen und nicht voller Neid auf Andere blicken. Ich weiss, dass es in Einsiedeln jede Menge solcher Menschen gibt. Ab und zu müssten sie sich halt etwas mehr bemerkbar machen. Das würde gut tun.

Sie werden sich fragen, was aus meinem anfangs erwähnten Berufswunsch geworden ist. Erste Zweifel kamen bereits auf, als mir unmittelbar nach der Wallfahrtsmesse die Serviertochter im Gasthaus Engel ein knackiges Wienerschnitzel mit Pommes frites auftischte. Hat nicht Bruder Klaus einen grossen Teil seines Heiligendaseins fast ohne Nahrungsaufnahme verbracht? Keine Unterstützung bekam ich bei meinem Berufswunsch auch von meiner Grossmutter, die mich daran erinnerte, dass es bereits einen Heiligen Augustin gibt und dass dieser seinen Job gut macht. Wenn ich also in die gleiche Branche einsteigen wolle, würde dies sicher nur zu Verwechslungen führen. Als Alternative wurde mir ein Eintritt in ein Kloster schmackhaft gemacht, was mir dann aber doch irgendwie etwas zu wenig authentisch vorkam.

Augustin Mettler
Geschäftsführer Regional-
Entwicklungsverband Einsiedeln

Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 6. Juni 2013, ab 16.00 bis ca. 18.00 Uhr**, lädt der H + I seine Mitglieder zum **Gesellschaftsanlass** ein, anlässlich welchem die **Grossbaustelle Zentrum Staldenbach** (ehemaliges Verwo-Areal) in Pfäffikon/SZ besichtigt wird. Danach findet ein **Apéro** mit anschliessendem **fakultativem Nachtessen (Ende ca. 21.30 Uhr)** statt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von
OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel,
Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
www.omida.ch

Nr.	Datum	Sponsor
442	25. 10 2012	Bruhin AG, drucklmedia, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach
443	29. 11 2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
444	16. 12 2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi
445	24. 01 2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ
446	21. 02 2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf
447	28. 03 2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz
448	25. 04 2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
449	30. 05 2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27. 06 2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29. 08 2013	MAB Möbelfabrik Betschart AG, Hauptstr. 178, 6436 Muotathal
452	26. 09 2013	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24. 10 2013	A. Bruhin AG, Schaumstoff-Verarbeitung, Brügglstrasse 2, 8852 Altendorf
454	28. 11 2013	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
455	17. 12 2013	Wyrsch Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach
456	24. 01 2014	
457	21. 02 2014	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
458	28. 03 2014	
459	25. 04 2014	
460	30. 05 2014	
461	27. 06 2014	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
462	29. 08 2014	
463	26. 09 2014	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
464	24. 10 2014	
465	28. 11 2014	
466	17. 12 2014	